

Rudolf Maresch

Europa – mon amour Der alte Kontinent bläst zur Aufholjagd und erfährt seine Grenzen

Mit der Ausbreitung des römischen Imperiums begann die Vormachtstellung Europas. In unseren Tagen endet sie.
Franz Baermann Steiner, Dichter und Ethnologe

Die Kontrolle der Informationstechnologien wird der Schlüssel zur Macht im 21. Jahrhundert sein.
Kenneth Minihan, Chef der NSA

Bei ihrem letzten Gipfeltreffen unlängst in Lissabon verabschiedeten die Staats- und Regierungschefs der EU eine Erklärung mit bemerkenswertem Inhalt: In zehn Jahren spätestens, so die vollmundige Ankündigung, wolle Europa, was die Menge der Schnittstellen, Übertragungsraten und Nutzerzahlen angeht, die Vereinigten Staaten „überholen“ und damit zum weltweit größten Binnenmarkt für E-Business und E-Commerce werden. Um dieses ehrgeizige Ziel zu erlangen, werde man in den nächsten Jahren jede erdenkliche Kraftanstrengung unternehmen, man werde die Schulen und Universitäten mit IT-Technik voll stopfen, die Ausbildung und das Wissen der jungen Leute auf diesem Gebiet forcieren, Gelder für die Entwicklung entsprechender Lernsoftware bereitstellen, die Subventionsmaschine für Firmengründungen und die Neuansiedlung von Unternehmen anwerfen und die Investitionstätigkeit solcher Unternehmen gezielt fördern. Mit dem raschen Ausbau der materiell-technischen Infrastruktur (Hochgeschwindigkeitsnetze, DSL-Techniken u.ä.), dem schnellen Ein- und Umstieg in den elektronischen Handel und Kommunikationsverkehr, zu dem man vor allem die einheimische IT-Branche begeistern und gewinnen will, hoffe man, dem Alten Kontinent seine ursprüngliche politische und kulturelle Bedeutung, die seit Ende des Zweiten Weltkrieges verloren gegangen ist, wieder zu geben und künftig zur besten Adresse für Investoren, Kapitalanleger und Dienstleister zu machen.

Nicht bekannt ist, an welche IT-Hersteller dieser Aufruf gerichtet ist, wer von den Produzenten und Händlern mit diesem Aufruf erreicht werden soll. Zum einen gibt es in Old Europe sowohl im Hardware- als auch im Software-Bereich kein IT-Unternehmen, das sich mit den Amerikanern auf den Weltmärkten messen kann. Es gibt kaum einen Rechenknecht oder kaum ein Netzwerk, der nicht oder das nicht mit Prozessoren, Schaltungen oder Programmen aus Silicon Valley bestückt sind.

Amerikanische Firmen geben den Takt und die Geschwindigkeit vor, sie definieren die technischen Normen und Standards, unter denen die Menschen auf ihren Maschinen und in den Netzen kommunizieren, keineswegs immer die besten, wie man seit langem weiß, weder mathematisch noch benutzerfreundlich. Und das auf unabsehbare Zeit. Zum anderen muss die deutsche Regierung gerade eingestehen, dass sie über jene Intelligenz, die die Rechenmaschinen und deren Programme fachkundig bedienen könnte, ihnen neue Quellcodes entlocken oder neue Anwendungen entwickeln könnten, gar nicht verfügt, sondern sie im Ausland anheuern, mit Green Cards und anderen Sonderregelungen, Vergünstigungen oder Versprechungen hierher locken muss.

Um mit Amerika überhaupt in Wettbewerb treten, ihm seine globale Vormachtstellung auf diesem Sektor streitig machen und zur führenden Macht in Wirtschaft und Politik aufsteigen zu können, bedarf es aber mehr als geschliffener Gipfelrhetorik oder des schnellen Imports von Ingenieurswissen aus Osteuropa oder Fernost. Wie die angesehene englische Unternehmensberatungsfirma Booz Allen & Hamilton soeben in einer Untersuchung für das niederländische Wirtschaftsministerium festgestellt hat (*FAZ* vom 24. Mai 2000), habe Europa in der Verwendung der IuK-Techniken im Vergleich mit Japan und den USA weiter an Boden verloren. Vor allem in den Bereichen der Informationstechnik-Hardware, den Komponenten der IuK-Technik sowie der Netzwerke vergrößere sich der Abstand deutlich. Und auch was die Nutzung des Internet, die Möglichkeiten von E-Trade (B2B oder B2C) angehe, rangiere Europa noch weit hinter den Vereinigten Staaten. Um überhaupt Anschluss an andere Geografien und Einflussgebiete auf der Erde zu finden und von einer „nachholenden Revolution“ (J. Habermas) oder gar „Aufholjagd“ Europas, wie vor einigen Wochen *Der Spiegel* (Nr. 22/2000) titelte, sprechen zu können, müsste aber a) der Vorsprung in der mobilen Kommunikation, den Europa besitzt, effektiver genutzt werden, so die Unternehmensberatungsfirma, damit wenigstens im beweglichen E-Commerce die Führungsrolle gesichert werden kann. Und es müsste natürlich b) der rasche Aufbau einer europäischen IT-Industrie, die eigene und bessere Betriebssysteme und Chiparchitekturen entwickelt als die amerikanischen, ins Auge gefasst werden.

Trotz alledem beinhaltet diese Kampagne eine überraschende Wende der Politik. Offensichtlich ist Europa aus seinem langjährigen Dornröschenschlaf erwacht und

dabei, seine Larmoyanz, Depression und Schwarzmalerei in Sachen IuK-Technologien abzulegen. Die Regierungschefs der europäischen Staaten scheinen endlich die weltverändernde Macht der Informationstechnologien und des Internet für Menschen, Märkte und Gesellschaften zu erkennen. Zudem scheint die alte Macht auf dem Sprung zu sein, seine bisherige Rolle des Zuschauers oder interessierten Beobachters aufzugeben und gleichfalls Global Player werden zu wollen. Sie stellt sich der Herausforderung, die die Globalisierung, also das rasche Zusammenwachsen unterschiedlicher sozialer Systeme und die Aufkündigung ökonomischer, nationaler und kultureller Schranken und Grenzen, für alle Staaten, Regionen und Metropolen dieser Welt bereithält, und nimmt den globalen Wettbewerb um Kapital und Märkte, Steueraufkommen und Intelligenz an.

Doch scheinen die internationalen Finanzmärkte und ihre Akteure von der Verlautbarungspolitik der EU-Staaten nicht sonderlich beeindruckt. Noch immer gibt die Wall Street den Rhythmus für Kursgewinne und -verluste vor. Der amerikanische Markt entscheidet, ob in Europa oder Asien Hausse oder Baisse, Euphorie oder Missstimmung angesagt ist. Mit Bangen wartet man auf die Veröffentlichung amerikanischer Arbeitsmarktdaten, die Politik der FED oder die flammenden Reden von Mister Greenspan. Und was die Anleger, Banker und Glücksritter des Big Money von der Vision eines „Netzwerkes Europa“ halten, wie sie auf derlei politische Wunschvorstellungen oder Zielvorgaben reagieren und diese bewerten, lässt sich am freien Fall des Euros an den Devisenmärkten in Amerika, Japan und anderswo ablesen. Fondsmanager, Broker und Analysten zeigen derzeit wenig Vertrauen in die europäische Währung. Und damit weder am alten noch am virtuellen Europa. Sie stoßen den Euro vielmehr ab wie ein faules Ei. Da mögen der deutsche Bundeskanzler, sein Finanzminister und die europäischen Noten- und Zentralbanker noch so tapfer dreinschauen und beschwichtigend in die Mikrofone und Kameras der Weltpresse sprechen, sie mögen auf den festen Wechselkurs innerhalb Europas, die brummende Konjunktur der europäischen Wirtschaft verweisen und das gravierende Ungleichgewicht zwischen makroökonomischen Daten (steigende Wachstumsraten, Rückgang der Arbeitslosigkeit, niedrige Inflation, steigende Binnennachfrage, Abbau der Schuldenlast staatlicher Haushalte, niedrige Zinslast) einerseits und den Börsenbewertungen der *masters of the universe* (Tom Wolfe) andererseits beklagen. Durchhalteparolen und Gesundheitsbetriei, Selbsttäuschung und professionelle Beschwichtigungspolitik helfen da wenig. Sie

erübrigen sich sogar, seitdem die internationalen Kapital- und Finanzmärkte die Politik der einzelnen Staaten, Regierungen und Organisationen bewerten und jedes Aussitzen, jede Verschiebung anstehender Entscheidungen wie bei der Lösung der Frage der Sozialversicherungen oder der Deregulierung hoheitlicher Aufgaben gnadenlos abstrafen. Solange es den Europäern nicht gelingt, ihre hausgemachten Strukturprobleme (hohe Arbeitslosigkeit, staatliche Schuldenlast, Anpassen der Sozialsysteme ...) zu meistern, politische Führung zu zeigen und das so genannte europäische Haus politisch und sozial in Ordnung zu bringen; solange sie es nicht schaffen, ihre internen Streitigkeiten auf diversen Politikfeldern beizulegen und aus den divergierenden Interessen, Systemen und Traditionen eine gemeinsame Politik zu komponieren; und solange einzelne Staaten oder Regierungen ihre Schuldenlast auf andere Mitglieder abwälzen oder gar ihre Haushalte auf Kosten anderer sanieren und das europäische Parlament und andere vergleichbare demokratische Institutionen nur als Alibiinstitutionen dienen statt als gewählte und mithin legitime Kontroll- und Vollzugsorgane politischer, wirtschaftlicher und sozialer Entscheidungen des europäischen Rates, wird Europa ein lahmender und hinkender Koloss bleiben. Es wird künftig weder eine ernstzunehmende Rolle im Kampf der Regionen und Standorte um Wohlstand, Konsumgüter und Ressourcen spielen, noch sich als führende Größe zwischen dem scheinbar großen Freund und Bruder im Westen und den Tigerstaaten in Fernosten behaupten oder gar positionieren können. Eine gemeinsame Währung, ein stabiler Binnenmarkt, Börsenfusionen à la Frankfurt und London und ähnliche kleine Schritte in Richtung Harmonisierung und Gleichschaltung der Waren-, Güter- und Kapitalströme reichen dazu bei weitem nicht aus. Besonders dann nicht, wenn diese Angleichung von vielzüngiger Kommunikation begleitet wird, Globalisierung und Freihandel die unterschiedlichen sozialen und finanziellen Anspruchsniveaus und Qualitäten nach unten korrigieren und diese Absenkung von staatlichen Leistungen zum ausschließlichen Maßstab wird, an dem Finanzmärkte und Großanleger sich orientieren. Hinzukommen müsste schon ein politisches Management, das zersplitterte Kompetenzen bündelt, Initiativen koordiniert und nationale Alleingänge verhindert. Eine solche Abstimmung der Interessen, Motive und Handlungsweisen aber bedingt wiederum eher den Aufbau von Bürokratie und Verwaltung als deren Abbau und Entrümpelung. Wer in dieser Materie beheimatet oder gar in solchen Strukturen tätig

ist, kann ein Lied von der Verordnungs- und Regulierungswut singen, die Brüssel entfacht und deren Ergebnisse auf seine Schreibtische flattert.

Nicht erst das Hickhack um die Besetzung des Chefpostens beim IWF, die traurige Vorstellung, die insbesondere die deutsche Regierung und ihr Bundeskanzler dabei der Weltöffentlichkeit boten, als Amerika auf diesem wichtigen Sessel nur einen ausgewiesenen Verfechter einer marktorientierten Politik dulden wollte, hat es gezeigt. Sondern vor allem der Kosovo-Krieg, ein Krieg, der nach mehrheitlichen Aussagen westlicher Politiker gar keiner war und laut Tony Blair nicht um ein Territorium, sondern um die Anerkennung und Durchsetzung „universaler Werte“ geführt worden ist, wies Europa wieder mal darauf hin, wie hilflos es ist, wenn es durch eine politische Krise gezwungen ist, Position zu beziehen und gemeinschaftlich zu handeln. Um das Morden von Menschen und das Abfackeln von Häusern zu beenden und Ordnung an der Südflanke Europas und der NATO zu schaffen, bedurfte es schon des beherzten Eingreifens der US-Regierung und ihres Militärs, um einer drohenden Balkanisierung Europas, dem Übergreifen eines postmodernen Pluralismus der Ethnien, Nationalitäten und Glaubensbekenntnisse auf andere Regionen zuvorzukommen und den Balkan fürs erste zu befrieden. Nur aufgrund der Operation Allied Force, des massiven politischen Drucks auf die Alliierten sowie des Einsatzes militärtechnologischer Know Hows, worüber Amerika als einziges Land der Erde in diesem Ausmaß und dieser Güte verfügt, kann sich Europa vor aller Welt als das repräsentieren, was es derzeit so entschlossen gegenüber der Alpenrepublik demonstriert, nämlich als eine „Wertegemeinschaft“, die sich auf die Erklärung der Menschenrechte beruft, Rassismus, Nationalismus und die Verfolgung politischer, religiöser oder ethnischer Minderheiten in seinem Vorhof nicht duldet und für die Einhaltung oder den Vollzug dieser Werte notfalls auch bereit ist, militärische Feld- oder Kreuzzüge zu starten.

Was Amerika dazu bewegt haben mag, sich im Kosovo, von dem die US-Bürger vorher gar nicht wussten, wo es auf der Landkarte zu finden ist, militärisch und ideologisch unter Missachtung des Völkerrechts und Brückierung der UNO zu engagieren und dafür sogar den Konflikt mit Russland und China billigend in Kauf zu nehmen, wissen wir nicht. Wir wissen aber, dass Amerika gerade dabei ist, die Lust auf und an Europa zu verlieren. Ein nicht unbedeutender Teil der dortigen jüngeren ökonomischen und politischen Elite schickt sich an, traditionelle isolationistische

Neigungen wiederzuentdecken und zu pflegen. Abschätzig und mitleidsvoll blickt sie nach Europa, das von Selbstzweifel geplagt und in Selbstmitleid zu versinken droht, wenn es um die Verarbeitung der Auswirkungen der IuK-Technologien auf den sozialen Zusammenhalt der Gesellschaften geht. Verwundert und ungläubig schüttelt sie den Kopf über den Hort professioneller Mahner, Warner und Bedenkenträger, die den Segnungen der Vernetzung und Digitalisierung misstrauen und die neoliberale Doktrin vom grenzenlosen Markt und freien Unternehmertum ablehnen. Sie stuft Europa deswegen inzwischen als „technologisch rückständig, kulturell altmodisch und institutionell schwerfällig ein“, und fragt zu recht und mit Recht, warum Amerika sich mit Waffengewalt dafür schlagen soll: „Vergesst Europa“ ist der Schlachtruf, der derzeit unter den Digerati die Runde macht; „Eurobashing“ nannte Gundolf F. Freyermuth das (www.heise.de/tp/deutsch/inhalt/co/5210/1.html) vor kurzem. Und wer von den Amerikanern nach Europa aufbricht, ob aus geschäftlichen Gründen oder als bloßer Tourist, tut das in dem Glauben, dass ihm ein Gang in die Geschichte bevorsteht, ihn dort ein Museum erwartet, das von Vorschriften und Verordnungen eines überregulierten paternalistischen Systems verwaltet und nahezu erdrückt wird. Auf der anderen Seite wächst die Zahl derer, die lauthals eine Abkehr vom europäischen Denken und seiner Kultur verlangen, weil auch sie in Amerika eine Stimmung der Mutlosigkeit verbreiten, die Erwartung an staatliche Leistungen fördern und für Skepsis gegenüber der Zukunft und für einen Mangel an patriotischer Gesinnung sorgen. Beispielhaft für diese Position steht der bekannte amerikanische Philosoph Richard Rorty, der diese Thesen in seiner Streitschrift *Stolz auf unser Land* verbreitet (Vgl. www.heise.de/tp/deutsch/inhalt/kolumnen/mar/5500/1.html.) Neben dem Denken Nietzsches und Heideggers wird für dieses Virus, das an den amerikanischen Universitäten grassiert und einen Teil der amerikanischen Intellektuellen befallen hat, insbesondere der Poststrukturalismus verantwortlich gemacht, also die französischen Denker der *différance* (J. Derrida), des Begehrens (J. Lacan) und der Technologien der Macht (M. Foucault). Mit ihm gerate die historische Mission Amerikas, so Rorty, „Vorhut der Menschheit“, Avantgarde „der menschlichen Geschichte“ zu sein, außer Tritt. Dieser europäische Ideen-Imperialismus schwäche den amerikanischen Traum von einem „Raum ohne Grenzen“, der Möglichkeit, „sein Leben in die eigene Hand zu nehmen“. Nur noch selten würden es seitdem Amerikaner wagen, ihr Land öffentlich als Symbol der Freiheit und „Land der Zukunft“ zu verkaufen und eine „Ausnahmestellung unter den

Völkern und Nationen“ zu reklamieren. Fragten sie früher, was sie für ihr Land tun könnten, so fragen sie heute in typisch europäischer Manier zuerst, was Amerika für sie tun könnte.

Um diese Tendenz umzukehren und die geistige und kulturelle Führerschaft für God's own country wiederzuerlangen, machen sich manche Intellektuelle neuerdings auf die Suche nach Quellen für eine eigenständige, nordamerikanische Identität, die den Glauben an den *pursuit of happiness* befeuert und sich von europäischen Wurzeln löst. Symptomatisch für diese Neigung, dem Rest der Welt ideologisch und kulturell den Rücken zu kehren und eine eigenständige intellektuelle nordamerikanische Position wiederzuerlangen, steht ein Essay der Postfeministin Camille Paglia (www.salon.com/people/col/pagl/2000/03/04/inteltrad/index.html.) Und diese metaphysische Sicherheit hofft sie und andere Revisionisten und Revisionistinnen bei den Gründervätern wie Thomas Jefferson, bei Philosophen wie William James und John Dewey oder Graswurzelpoeten wie Waldo Ralph Emerson oder Walt Whitman zu finden. Dort treffen und paaren sich die kulturellen Eigenarten der amerikanischen Politik und des American way of life am reinsten, nämlich ein gewisser Hang zu Romantizismus und Oberflächlichkeit, der besonders die Massen- und Popkultur kennzeichnet, sowie jener starke Pragmatismus, der das schnelle Zupacken und Lösen von Problemen auszeichnet.

Wenn dem so ist, Amerika also wenig Interesse am schläfrigen Europa zeigt, weshalb also dann diese Intervention in Europa? Stimmungen, Mentalitäten und der Krieg um Ideen, Köpfe und Überzeugungen sind das eine, strategisches Denken, die Durchsetzung politischer Interessen und die Beherrschung und Kontrolle von Zeit und Raum aber das andere. Es gehört ja zu den Mythen und Legenden des „technotronischen Zeitalters“ (Zbigniew Brzezinski), räumliche Aspekte, mithin Geographien, Topographien, Territorien, Bodenschätze usw., für null und nichtig zu erklären und sich nur noch im Bereich der Möglichkeiten, des Virtuellen, aufzuhalten oder zu bewegen. Auch diese Mär wird seltsamerweise von amerikanischen Denkern der *Third Wave* in Umlauf gebracht und von einer Vielzahl kontinentaler Denker nachgeplappert: der „Sturz der Materie“ (Hardware) und die Dominanz und der Siegeszug von Wissen und Information (Software).

Dass beides sich nicht ausschließt, der Kampf um kulturelle Hegemonie einerseits, der geo- und machtpolitische Anspruch andererseits, demonstriert die Politik der

„One World“, die den bislang eher diffusen Begriff der „neuen Weltordnung“ präzisiert und den globalen Anspruch Amerikas, einzige Ordnungsmacht zu sein, formuliert. (Vgl. dazu Zbigniew Brzezinski, *Die einzige Weltmacht. Amerikas Strategie zur Vorherrschaft*, Frankfurt 1999; zuerst 1997). Darin wird die Existenz irgendwelcher Grenzen oder Fesseln dementiert, und zwar nach innen wie nach außen, um für alle Optionen frei zu sein. „Your inside is out and your outside is in.“ Diese Sichtweise hat sich offenbar auch Bill Clinton zu eigen gemacht und scheint inzwischen offizielle Politik zu sein. Bei seiner Rede anlässlich seiner zweiten Amtseinführung auf dem Capitol bestätigte er dies, als er ausführte, dass für Amerika fortan kein Unterschied mehr zwischen Außen- und Innenpolitik bestünde. Die Verabschiedung des Verteidigungsplanes von 1997, wonach Amerika in der Lage sein muss, zwei größere Kriege und mehrere begrenzte Militärschläge zur Wiederherstellung der Ordnung führen zu können; die Optimierung des Daten-, Cyber- und Infowars, die Entwicklung von Präzisions- und Fernlenkwaffen und die Reklamierung bzw. Implementierung eines Rechts auf Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines Staates, das die nationale Souveränität aushöhlt, alles im Kosovo-Krieg zum ersten Mal erprobt; die Umstrukturierung und Instrumentalisierung der NATO zu einer Frieden „schaffenden“ Armee; die derzeitigen Bemühungen um die Stationierung eines nationalen Raketenabwehrsystems (NMD) über Amerika im Weltraum, um einen etwaigen atomaren Angriff eines so genannten rogue state abzuwehren; die Ausspähung, Überwachung und Kontrolle des Daten- und Kommunikationsverkehrs führender wirtschaftlicher Unternehmen Europas mittels des im Kalten Krieg entwickelten Echelon-Systems durch die NSA und andere geheimdienstliche Organisationen – all das und vieles mehr sind Mosaiksteine auf dem Weg Amerikas zu einer „Hegemonie neuen Typs“, der dark side von Globalisierung und Vernetzung. Mit der Freilassung, Demokratisierung und Kommerzialisierung des Internet, die mit Ende des Kalten Krieges und dem Zerfall des kommunistischen Walls möglich werden, hat Amerika der Welt ein universales Massenmedium geschenkt, mit dem es seine Normen und Werte, seine Ideen zu unbeschränktem Welthandel, dynamischem Wettbewerb und individuellem Unternehmertum, die auch die Architektur des Netzes (Transparenz, Offenheit, Freiheit) prägen, bis in die letzten Winkel der Erde tragen kann und wird. Es transportiert indirekt, was der amerikanische Präsident Woodrow Wilson Anfang des letzten Jahrhunderts den Amerikanern ins Stammbuch geschrieben hat und das

der bekannte Publizist und Deutschlandkenner Norman Birnbaum in einem Beitrag für die Wochenendausgabe der *Süddeutschen Zeitung* vom 3./4. Juni zitiert: „Da ihr Amerikaner seid, seid ihr auch verpflichtet, Freiheit, Gerechtigkeit und die Grundsätze der Humanität in alle Ecken der Welt zu tragen, hinzugehen und all die Güter zu verkaufen, durch die unsere Welt zu einer angenehmeren, bequemerem und glücklicheren wird, und die Menschen überall auf dieser Erde von den Grundsätzen Amerikas zu überzeugen.“

In der Politik der *One World* hat Europa bereits ausgespielt, sowohl ideologisch wie kulturell, ökonomisch wie technisch. US-Amerika ist heute nicht nur die „Einzigste Weltmacht“, es ist auch zum Schiedsrichter Eurasiens geworden, des „zentralen Schauplatzes“, wo die Entscheidung fällt, ob das kommende Jahrhundert tatsächlich das „amerikanische“ genannt werden wird wie Bill Clinton meinte. Das vereinte Europa, das Amerika fördert und wofür ein amerikanischer Präsident jüngst sogar den Karlspreis verliehen bekommen hat, ist für diese Politik Mittel zum Zweck, es dient als „Brückenkopf“, um Freihandel, Privateigentum und konstitutionelle Demokratie über Russland und seine ehemaligen Satellitenstaaten bis nach Asien zu tragen. Aus dem „Go west“ der Siedler und Pioniere ist ein „Go east“ geworden. Der Pazifik stellt keine Mauer mehr für Amerika dar. Deutschland, neben Frankreich der wichtigste Partner für diese Politik, ist mit der Aufgabe der Mark, dem Preis für die Wiedervereinigung, gezähmt. Es hat seine Identität (Sonderweg) aufgegeben und sich in die europäische eingefunden. Die Osterweiterung, die Befriedung des Balkan und die Einbindung der Türkei in die EU, die Amerika will und ausnahmslos unterstützt, wird Europa wirtschaftlich empfindlich und Russland politisch schwächen und Amerika rascher gen Osten bringen, heran an den Kaukasus, wo die größten Ölreserven der Erde vermutet werden, heran an Sibirien, die New Frontier, welche das größte Reservoir an Rohstoffen und Bodenschätze besitzt, um deren Ausbeutung und freie Nutzung es im nächsten Jahrhundert auch gehen wird.

Wie soll und wie kann Europa auf diesen globalen Anspruch Amerikas reagieren? Was kann Europa anbieten oder einbringen, um die Verwandlung der Welt in eine einzige Oberfläche, ein amerikanisches Interface ohne Außen zu verhindern? Und will Europa das überhaupt? Hat es den politischen Willen und die Kraft dazu, dem amerikanischen Druck und Schutzschirm zu trotzen und eine eigenständige Politik zu verfolgen? Dies zu klären ist gewiss nicht meine Aufgabe, sondern die der Politik in

Brüssel, Straßburg oder anderswo. Ansätze dazu gibt es ab und an. Die jüngste Erklärung in Lissabon gehört sicher mit dazu. Ebenso die postkosovarische Erfahrung, die führenden Politikern und Militärs gelehrt hat, dass Europa den Aufbau eines eigenen Aufklärungs-, Radar- und Satellitensystems benötigt, wenn es aus sich heraus agieren und über seine Grenzen souverän befinden will. Von diesem Vorsatz ist aber nichts mehr übrig geblieben. Schnell sind die Pläne, sollte es sie jemals gegeben haben, wieder in den Schubladen verschwunden, als die Politiker von den technischen Voraussetzungen eines solchen Informations- und Aufklärungssystem und den damit verbundenen Kosten erfahren haben. Lieber schafft man ein außenpolitisches Büro mit einem Amerika hörigen Leiter, flüchtet sich in die Arme Amerikas oder funktioniert die Bundeswehr zu einer Interventionsarmee um, zu einer Truppe, die überall auf der Welt im Namen und im Auftrag der Amerikaner die „Kräfte des Chaos“ (Terrorismus, Drogenkriminalität, Proliferation, Migration ...) bekämpfen und die „Heillosigkeit der Welt“ mindern soll.

Betrachten wir die vier Schlüsselbereiche der Macht, laut Brzezinski den militärischen, ökonomischen, technologischen und kulturellen, dann kann Europa den USA auf keinem dieser Felder wirklich Paroli bieten. Da können der *Spiegel*, die *FAZ* oder andere Meinungsmacher noch so laut heulen und Aufbruchsstimmung unter der Bevölkerung verbreiten. Nicht einmal mehr auf dem Gebiet der Kultur, der Geschichte oder der Ideologie, das Europa Jahrhunderte lang dominiert hat, gibt Europa den Ton an. Denn seitdem nicht mehr Bücher und Texte, sondern Massenmedien und Internet zu den weltweiten Trägern und Verbreitern von Ideologien (Lebensstile, symbolische Ausdrucksformen, Bewusstseinsformen ...) geworden sind, nimmt Amerika auch hier eine beherrschende Stellung ein. Über die Datennetze bringt es die western culture in Umlauf, den American way of life, der die Jugend in aller Welt fasziniert und affiziert. Mindestens 80 % der Bilder und Wörter, die auf der Welt zirkulieren, stammen aus den USA. Gegen- und Schutzmaßnahmen, wie sie Frankreich ergreift, wenn es von den Radiostationen bestimmte Quoten für das Abspielen französischsprachiger Songs verlangt, einen eigenen Sprachgebrauch für das Blabla im Internet befiehlt, oder wenn in Deutschland eine Organisation zur Förderung und Pflege der deutschen Sprachkultur die Umbenennung deutscher Institute und Fachbereiche in Departements anprangert, wirken da leicht lächerlich. Deswegen gehört schon eine gehörige Portion Blauäugigkeit, Desinformiertheit oder ideologisch verblendete Chuzpe dazu, wenn

Frank Schirrmacher urplötzlich die neuen Medien als Waffe Europas gegenüber dem Rest der Welt entdeckt. Oder wenn eine gewisse Susanne Beyer (wenn ich mich nicht irre) im *Spiegel* in der Popularität, die TV-Sendungen wie „Big Brother“, Filme wie „Lola rennt“ oder die seichten Sprüche der Deutschraper und Technokinder beim hiesigen Publikum inzwischen genießen, Signaturen für eine Abwendung von amerikanischer Pop- und Lebenskultur entdecken und darin Anzeichen für die Rückbesinnung auf eigene Traditionen, Lebenslagen und Stimmungen erkennen.

Was Europa auf alle Fälle tun kann, ist die gezielte Förderung und Ausstattung sogenannter Startups und Dotcoms mit billigen Büroräumen, Venture- und Risikokapital. Vorbildhaft sind hier gewiss die Maßnahmen im Bereich der Biotechnologie am Standort Martinsried bei München. Und Europa kann auch die neoliberale Ideologie weiter implementieren, also: den Telekommunikationsmarkt weiter liberalisieren, Handelsbarrieren und andere Hemmnisse abbauen, für eine Verbesserung der Ausbildung von Fachkräften sorgen und transparente Regeln für den E-Commerce schaffen usw. Was es jedoch gewiss nicht einbringen kann, ist die Übernahme oder gar Aneignung des rheinischen Kapitalismus. Die Soziale Marktwirtschaft hat ausgedient, der Marktkapitalismus hat gesiegt und ist universell geworden. Und mit ihm kehrt alles das nach Europa zurück, was im letzten Jahrhundert Karl Marx auch zu seinen Texten und Kampfschriften inspiriert und motiviert hat: Armut, Proletarisierung breiter Mittelschichten, Gattobildung, Trashkulturen, Kriminalität, private Sicherheitsdienste, ethnische Konflikte usw. Trotz oder gerade wegen der gern öffentlich zur Schau gestellten Werthaltungen wie Toleranz, Weltoffenheit und Multikulturalismus, die die Winner und neuen Eliten des globalen Kapitalismus auf den Prints und Screens der Massenmedien allabendlich propagieren und wie Banner vor sich her tragen. Der Liberalkapitalismus hat den Turbo eingeschaltet, und Amerika ist sein Taktgeber. Zu ihm gibt es keine echte Alternative mehr. Was Europa hingegen besitzt, ist Erinnerung. Und hier denke ich nicht unbedingt an die blutige Erfahrung zweier Weltkriege, die zig Millionen Opfer gefordert, den gesamten Kontinent verwüstet und ihm seine führende Stellung gekostet haben. Vielmehr meine ich jene Geschichte, die diesen technischen Fortschritt, das Take Off der Operatoren (F. Kittler) und das Take Over der Maschinen, möglich gemacht hat. Erst die mathematische Revolution, die Kopplung von indischem Stellenwertsystem und dem Buchdruck Gutenbergs, brachte dem neuzeitlichen Europa eine wissenschaftlich-

technische Macht ohnegleichen. Gelänge es hingegen, sich auf diese Geschichte wieder zu besinnen, Hunderte neuer Betriebssysteme und Prozessorenarchitekturen blühen und gegen die lausigen Standards der Pax americana anlaufen zu lassen, könnte es sein, dass die künftige Weltgeschichte sich doch nicht in einer „radikalen Negation“ der europäischen vollziehen wird.

Politische Romantiken, wie sie der ehemalige Sponti und jetzige deutsche Außenminister Joseph „Joschka“ Fischer jüngst an der Humboldt Universität zu Berlin verbreitet hat, helfen da wenig. Sie geben meist nur den Begleitchor ab, den nötigen „Lärm und Zank“ zu technologischen Transformationen, wie politisch klug und ausgewogen die Formulierungen auch immer sein mögen, die an solchen „sakralen“ Orten vorgetragen werden. Für einen Fußnoteneintrag in die Geschichtsbücher mögen solche politische Theologien geeignet sein. Für die Sammlung verstreuter Kräfte, die Formierung eines gemeinsamen politischen Willens und dem Kampf mit dem politischen Gegner auch. Vor allem dann, wenn man sie gegen die Ideologie des „Auserwählt-Seins“ und das amerikanische Sendungsbewusstsein ins Rennen schicken will. Doch so sehr der Geschichtsphilosoph und politische Theologe Fischer auch von politischen Neugründungsakten schwärmen und einer wie weiland das Heilige Römische Reich Deutscher Nation „überwölbenden Ordnung“ träumen mag, die seinen Völkern und Bürgern Hort für „Frieden, Sicherheit, Demokratie und Wohlstand“ ist: die Macht über die Horizonte besitzen derweil längst die Amerikaner. Und dieses Vermögen, darüber zu befinden, ohne Rücksicht oder gar Rücksprache zu nehmen auf andere Partner, ist das alles entscheidende, nicht Zukunftsversprechen, Aufbrüche zu einem „anderen Kap“ (J. Derrida). Wie sagte kürzlich ein führender Mitarbeiter des National Reconnaissance Office (NRO), das für die amerikanischen Spionagesatelliten zuständig ist und das National Missile Defense Programm (NMD) mitbetreibt. „Wir haben die Dominanz im Weltraum, wir mögen das, und wir werden daran festhalten.“ Diesem militärischen Klartext ist nichts weiter hinzufügen.